



Protokoll kreisweite Netzwerktreffen EFI vom 27. Mai 2021

TOP 1) Begrüßung und Vorstellung der Tagesordnung durch Nurgül Santur und Vorstellung des Koordinierungsteams

TOP 2) Info-Block (siehe Anhang)

- Vorstellung der **Integreat-App** (Felicitas Menges)
- **Info-Veranstaltungen Corona-Impfungen**: Deutsch am 5.6.2021; Dari/Farsi am 9.6.2021 Herr Dr. med. Ahmad Shir; Arabisch am 12.6.2021 Herr Dr. med. Jamal Abdelrahim
- **Medinetz**: Menschen ohne Krankenversicherung können sich an Medinetz wenden und eine **Corona-Impfung** von Johnson & Johnson erhalten und damit vollständig geimpft sein.
info@medinetz-marburg.de oder 0160 93 80 84 57
- **Team4You** und **Agentur für Arbeit** (Herr Wenz)
- **Sportcoaches** (Sven Morawa / Andrea Fritzsch)
 - o *Steckbriefe im Anhang*
 - o *Aufstellung aller Sportcoachs auch der des Landkreises ist erwünscht*
 - o *Informationen dazu soll in Integreat-App und auf der Seite der Koordinierungsstelle aufgenommen werden*
- Projekt „**Zusammenleben Willkommen**“ (Emma Grünenfelder & Linda Blumenröder)
- Vorstellung von **Sylvie Cloutier** als **neue Ausländerbeiratsvorsitzende**; **Goharik Gareyan** wird ab dem 1.6. als **WIR-Koordinationskraft bei der Stadt Marburg** tätig sein.

TOP 3) Bericht zur Impf-Aufklärung und Impfungen in den GU's

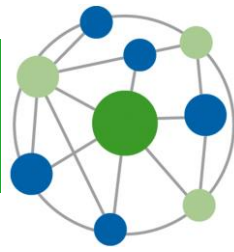
Coronaimpfungen für Geflüchtete im Landkreis (Bettina Hartmann)

Am Anfang stand die Aufklärung im Fokus. Es ging darum die Bewohnenden der großen Gemeinschaftsunterkünfte, in denen mehrere Räume gemeinsam genutzt werden. Es wurden Schreiben in einfacher Sprache und Infos in der jeweiligen Landessprache verfasst und über die Sozialarbeiter*innen an die Geflüchteten ausgehändigt. Innerhalb von 3 Tagen wurde ein mobiler Impftermin organisiert. Das Impfteam besteht aus einem*r Arzt*Ärztin, einem*r medizinische*n Fachangestellte*n und einer Verwaltungskraft. (60 Impfdosen).

Mit Hilfe von Dolmetschenden wurden die Anamnesebögen und Aufklärungsmerkbücher ausgefüllt und Fragen geklärt. In diesem Zusammenhang bedanken sich Bettina Hartmann und Andrea Martin beim Büro für Integration und DoIMa für die Unterstützung.

Kreisweites Netzwerktreffen EFI – Ehrenamt, Flucht, Integration

Protokoll – 27. Mai 2021, 17.30 – 20.10 Uhr



Bisher konnten circa 100 Geflüchtete aus unterschiedlichen Gemeinschaftsunterkünften geimpft werden.

Im Juni werden bereits die Zweitimpfungen vorgenommen. Dort können auch noch Erstimpfungen durchgeführt werden. Am 2.6. sind die Impftermine bereits ausgebucht. Die Impfbereitschaft hat sich erhöht nachdem bereits einige geimpft wurden.

Insgesamt sind die Impfungen von Geflüchteten bisher sehr erfolgreich gewesen. Die Menschen, die geimpft wurden, fühlten sich gut aufgehoben. Alle Sozialarbeiter*innen waren vor Ort. Auch dass die Sozialarbeiter*innen bereits geimpft waren, war wichtig für die Überzeugungsarbeit, dass die Impfung wichtig ist und keine gesundheitlichen Nachteile dadurch entstehen.

Bettina Hartmann hofft, dass auch durch das Netzwerk noch mehr Geflüchtete überzeugt werden können, sich impfen zu lassen.

Rückfragen aus dem Teilnehmendenkreis:

Elke Brühl aus Wetter fragt nach, ob auch in Wetter ein mobiler Impftermin vereinbart werden könnte, da es schwierig sei Termine für die Personen zu vereinbaren. Andrea Martin teilt mit, dass es auch telefonisch die Möglichkeit gibt, sich für eine Impfung registrieren zu lassen. Auch über Hausärzt*innen können Termine vereinbart werden. Sie bittet darum, dass auch die Sozialarbeiter*innen informiert werden, wenn der Wunsch auf Impfung besteht, so dass diese das weitergeben können. Auch sollen die Namen der Geflüchteten, die sich impfen lassen wollen, an Bettina Hartmann weitergeleitet werden, so dass sie für diese Menschen eventuell einen Impftermin organisieren kann.

Elke Brühl betont, dass es sich um Geflüchtete handelt, die bereits eine Wohnung haben und im SGB II Bezug sind.

Andrea Martin schildert die Situation, die vor den Impfungen in den Gemeinschaftsunterkünften bestanden hat. Es gab eine hohe Anzahl an Corona-Infizierten. Es ist bekannt, dass die Maßnahmen des Infektionsschutzgesetzes massiv in die Persönlichkeitsrechte eingreifen. Diese mussten jedoch umgesetzt werden. In der Gemeinschaftsunterkunft, in der das der Fall war, hielten sich fast alle Bewohner*innen an die Auflagen. Nur 2 Personen beachteten diese Auflagen nicht. Die überwiegende Mehrheit der Geflüchteten verhielt sich vorbildlich.

Neben dem Stress, der diese Situation ausgelöst hat, war der Kontakt zu den Menschen eine wahre Freude. Bettina Hartmann schildert die Situation, als die GU in Quarantäne war. Die Menschen wurden mit Lebensmitteln versorgt, auch bei vielen anderen haben sie und ihr Team versucht, die Leute optimal in dieser schwierigen Zeit zu betreuen, damit sich die Geflüchteten gut begleitet fühlen!

Dietger Lather bedauert, dass die Impfungen ausschließlich für die Geflüchteten vorbehalten waren. Er hätte es wichtig gefunden, dass auch die Ehrenamtlichen, die in den GUs tätig sind, geimpft werden.

Andrea Martin teilt mit, dass das Gesundheitsamt diese Auflage vorgegeben hat. Herr Lather meint, dass systemisch gedacht werden müsste. Wenn die Ehrenamtlichen geimpft werden, motiviert dies auch die Geflüchteten und die wichtige Arbeit der Engagierten kann fortgeführt werden.



Nachfrage zu einem Fall - Erklärung Herr Kolbe: Vater und Sohn in der GU Oberweimar (gehören zur Stadt), die gerne geimpft worden wären, stehen nun auf der Liste der Nachrücker für den 7.6.

Nachfrage: Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Marburg und Kreis? Nach Ansicht einiger Teilnehmenden, müssten Prozesse beschleunigt und harmonisiert werden.

Nach Ansicht der städtischen Vertreter*innen und den Mitarbeiterenden aus dem Landkreis, läuft die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis gut.

Coronaimpfungen für Geflüchtete in Marburg (Herr Pascal Kolbe)

116 Leute wären berechtigt gewesen, in der Prio-Gruppe 2, davon wollten 47 Personen geimpft werden, Es wurden letztendlich 42 geimpft, einer fiel durch das Raster (siehe Grafik)

Gründe für Nicht-Impfung:

- Skepsis oder Ängste bei den Geflüchteten
- Schwangerschaft
- Erkrankungen
- Bestimmt Vorlieben eines Impfstoffes

Nach den ersten erfolgreichen Impfungen ist die Bereitschaft größer geworden von denen, die bisher zurückhaltend waren.

Vielen Geflüchteten war es wichtig, dass sie mit dem deutschen Impfstoff Biontech geimpft werden konnten.

Bettina Hartmann berichtet, dass sich auch Geflüchtete impfen lassen wollten, die jedoch bereits genesen waren - eine Impfung kommt erst nach 6 Monaten in Frage - deshalb durften sie nicht geimpft werden.

Hatice Kaya vom Portal Mauerstraße teilt mit, dass zu beobachten ist, dass es den Geflüchteten wichtig ist, dass auch die Bezugspersonen geimpft worden sind und dass mit Biontech geimpft wird.

Dietger Lather betont nochmals, dass dies seine These bestätigt, dass Ehrenamtliche und Sozialarbeiter*innen auch geimpft werden sollten, weil es auch die Geflüchteten motiviert, sich impfen zu lassen.

Marian Zachow:

Zu Beginn möchte Marian Zachow darauf hinweisen, dass auch der Impfstoff von Astra Seneca gut und sicher ist.

Er dankt allen Mitarbeitenden von Stadt und Landkreis für ihre engagierte Arbeit in dieser schwierigen Zeit! Das Krisenmanagement hat sehr gut funktioniert. Schönes Beispiel für eine Hand-in-Hand Arbeit, bei dem von den Menschen her gedacht worden ist!

Carmen Pflug aus Gladenbach bestätigt diese Aussage. Die Impfkation sei dort gut gelaufen. Die Geflüchteten haben das zurückgemeldet. Geflüchtete, die bereits eigene Wohnungen haben, fragten, ob es nicht von Vorteil ist, dass sie nochmals kurzfristig zurück in die GUs ziehen, damit sie auch zeitnah geimpft werden können. Diese Rückmeldungen zeigen, dass



die Organisation und Durchführung der Impfkampagne wirklich gut verlaufen ist. Vorher bestand eine große Skepsis bei den Geflüchteten, mittlerweile gibt es viele Impfwillige.

Frage aus der Runde: Können sich auch aus Wohngruppen Menschen zum Impfen melden?

Andrea Fritzsch betont, dass die Priorisierung eingehalten werden muss. Gerade auch für geflüchtete Menschen, die in Wohnungen leben, gelten die gleichen Regeln wie für alle anderen.

Die Herausforderung besteht in der Impfaufklärung /Informationsweitergabe zum Thema Impfen. Deshalb ist es für die Engagierten wichtig, dass sie bei den Geflüchteten für die Teilnahme an Aufklärungsveranstaltungen werben, in denen über das Thema informiert wird (auch in der jeweiligen Sprache).

Pascal Kolbe, Sozialarbeiter der Stadt Marburg teilt mit, dass die Sozialarbeiter*innen die Geflüchteten sowohl in GUs und in kleineren Wohneinheiten über Impfmöglichkeiten informieren, auch mit den Infos über die Priorisierungsgruppen etc.

Kurt Bunke: Hat gerade die Info von tagesschau 24.de, dass jetzt auch Jugendlichen und Kinder ab 12 Jahre geimpft werden dürfen

Bettina Hartmann: Es gibt neue Herausforderungen, z. B. Geflüchtete, die bereits mit Sputnik im Heimatland geimpft worden sind, was ist mit der Zweitimpfung?

Es wird die Frage von TN gestellt, was passieren wird, wenn die Priorisierung aufgehoben wird.

Bisher ist die Menge des Impfstoffes der limitierende Faktor. Jetzt werden die Stoffe für die Zweitimpfung gebraucht. Wichtig: Man sollte sich frühzeitig anmelden. Seit kurzem ist auch Johnson und Johnson zugelassen, hat den Vorteil, dass es nur einmal geimpft wird.

Frau Niemann von Medinetz teilt mit, dass auch Menschen mit Wohnsitz in Marburg ohne Krankenversicherung in Deutschland mit diesem Wirkstoff geimpft werden können. Sie können sich bei Medinetz melden: info@medinetz-marburg.de oder 0160 93808457.

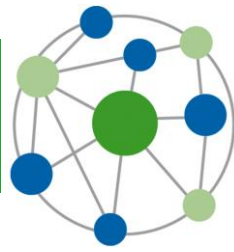
Bei der Impfung von Kindern und Jugendlichen wird es nochmals zu Diskussionen kommen. Marian Zachow ist der Meinung, dass die Kinder und Jugendliche in GUS geimpft werden müssten, weil gerade dort eine große Fluktuation vorherrscht, wodurch auch die Ansteckungsgefahr deutlich höher ist.

Nachfrage von TN: Gibt es eine offizielle Statistik über die Nationalität der Geimpften. Das ist nicht der Fall.

TOP 4) Fragerunde - Austausch

Entscheidung nach Aktenlage

Reinhard Forst berichtet von 2 Afghan*innen, die einen Gerichtstermin hatten. Er hatte die beiden Afghan*innen vorbereitet, jedoch wurden sie nicht zu dem Gerichtstermin eingeladen, es wurde nach Aktenlage entschieden. Reinhard Forst bittet darum, dass dies nur nach Rücksprache mit den Mandant*innen möglich sein sollte. Marian Zachow ist der Meinung, dass der Rechtsanwalt hier eine Fehlentscheidung getroffen hat. Reinhard Forst ist der



Meinung, dass dies gesetzlich geregelt werden muss, damit Anwalt*innen hier keinen Ermessensspielraum haben. Reinhard Forst bittet die Politik darauf hinzuwirken, dass Rechtsanwält*innen nur in Rücksprache mit ihren Mandant*innen mit Gerichten etwas aushandeln dürfen.

Problematik „Passbeschaffung“

Carmen Pflug berichtet über Probleme von geflüchteten Menschen, die eine Ausbildungsduldung haben und jetzt einen Pass aus dem Heimatland beschaffen müssen, dort aber nichts passiert.

Bei solchen Fällen empfiehlt Marian Zachow frühzeitig die Kommunikation mit der Ausländerbehörde, und mit dem Regierungspräsidium zu suchen. Versuche von Passbeschaffung werden manchmal lang aufgeschoben, an der Mitwirkung der Passbeschaffung hängt viel. Einige wenige verlangsamen den Prozess der Passbeschaffung aus inhaltlichen Gründen. Er regt an, sowohl Arbeitgeber*innen als auch Arbeitnehmer*innen dafür zu sensibilisieren, dies schnell mitzuteilen.

Judith Schüßler (Ausländerbehörde, LK Marburg-Biedenkopf) weist darauf hin, dass die Mitwirkung bei der Passbeschaffung nachgewiesen werden muss. Oft teilen sie jedoch nur mit, dass der Pass beantragt wurde, der Geflüchtete muss regelmäßig bei der Botschaft nachfragen, ob der Pass erstellt wird und dies auch entsprechend dokumentieren.

Kurt Bunke berichtet über Beispiele, bei denen der Pass bereits in der Botschaft vorliegt und die Zentrale Ausländerbehörde diesen auch anfordern könnte, was jedoch nicht geschieht. Er betont, dass das Problem bei der ZAB liegt, nicht bei den örtlichen Ausländerbehörden.

Ein Gießener RA und die Refugee Law Clinic Gießen befassen sich schon mit solchen Fällen.

Gabriele Borgemeister fragt nach, ob es Fälle gibt, bei der eine Duldung gefährdet ist, wenn Geflüchtete in einem Ausbildungsverhältnis stehen, dieses jedoch von der Firma aufgrund von Corona aufgekündigt werden muss. Carmen Pflug teilt mit, dass in der Ausbildungsduldung auch festgehalten ist, dass man im Laufe des Ausbildungsverhältnisses einmal wechseln kann, deshalb sieht sie keine Gefährdung, dass die Duldung aufgehoben wird.

Der Austausch zum Thema Corona und Impfungen war sehr umfassend, so dass die weiteren Tagesordnungspunkte in der Kürze der Zeit nicht mehr behandelt werden können, zumal es sich um wichtige Anliegen handelt. Diese werden nur kurz im Netzwerk vorgestellt, jedoch soll bei einer Extra-Sitzung darüber ausführlicher berichtet und diskutiert werden.

Vorstellung des EFI-Netzwerkes im Sozialausschuss des Kreistages

Die Vorstellung des Netzwerkes bei dem Sozialausschuss des Kreistages hat nach Ansicht von Detlef Ruffert noch Zeit, da sich der Kreistag erst jetzt konstituiert hat. Die Bildung der Ausschüsse folgt nun. Aus strategischen Gründen sollte man sich mehr Zeit lassen. Seiner Ansicht nach reicht es aus, wenn eine Vorstellung des Netzwerkes und dessen Arbeit in einer der Sitzungen im Oktober oder November stattfindet.



Forderungskatalog/-schreiben

Kurt Bunke erläutert kurz, wie der Forderungskatalog zustande gekommen ist und mit welchen Parteien er darüber bereits gesprochen hat. Auch hier sind sich die Teilnehmenden einig, dass über den Entwurf in einer Extra-Sitzung gesprochen werden sollte. In diesem Zusammenhang wird überlegt, inwieweit es sinnvoll ist, bereits Vertreter*innen der politischen Parteien einzuladen, um mit Ihnen über die Forderungen zu sprechen. Das Netzwerk beschließt ein zweistufiges Verfahren:

Bei der ersten Veranstaltung trifft sich das Netzwerk ohne politische Vertreter*innen der Parteien, um intern über den Forderungskatalog zu sprechen und zu diskutieren.

Im zweiten Schritt findet eine öffentlichere Veranstaltung mit politisch Verantwortlichen der Parteien statt, in dem über den von dem Netzwerk „abgesegneten“ Forderungskatalog gesprochen und diskutiert wird.

Wichtiger Hinweis von Goharik Gareyan, scheidende Vorsitzende des Ausländerbeirates Marburg: In 8 Kommunen im Landkreis werden Integrationskommissionen gebildet, zu denen der Kontakt gesucht werden sollte.